Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

117 (21.5.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. IV. 3380.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 117 | **Dienstag, den 21. Mai 1935** | **106. Jahrgang**

Vor der Führer-Rede

Die Welt wartet auf die Führerrede Nicht etwa, daß die Auslandspresse sich in ausführlichen Vermutungen darüber erginge, was die große außenpolitische Erklärung, die Adolf Hitler am Dienstagabend im Reichstag abgeben wird, enthalten könnte. Es ist sogar eine auffällige Zurückhaltung in dieser Beziehung zu beobachten, in der sich aber vielleicht gerade die außerordentliche Spannung verrät. Im übrigen hat es in letzter Zeit bei den mannigfachsten Gelegenheiten, aus Anlaß der Ostbesuche Lavals wie in englischen Parlaments- und Ministerreden, nicht an Hinweisen darauf gefehlt, daß man draußen in all der eigenen Geschäftigkeit doch eben nun eine Stellungnahme Deutschlands braucht, um weiterzukommen.

Das Resultat dieser Geschäftigkeit ist vorläufig keineswegs eine Klärung der europäischen Situation. Herr Eden gibt sich zwar den Anschein, die herausfordernde Bedrohung des Friedens nicht zu erkennen, die in der Bildung des neuen Dreibundes Frankreich, Sowjetrußland, Tschechoslowakei liegt. Und die offizielle französische Lesart ist die der Genugtuung über den diplomatischen Sieg, den die französische Sicherheitspolitik mit den Pakten von Paris und Prag errungen habe. Aber es fehlt in England nicht an Stimmen, die die Gewichtsverlagerung durch diese Pakte mit einiger Besorgnis registrieren, und den Franzosen, die weder zur unmittelbaren Anhängerschaft Lavals noch gar zu dem politischen Kreise um die „Humanite" gehören, ist bei dem Bündnis mit dem Sowjetbolschewismus erst recht nicht wohl. Es gab in den letzten Tagen genug französische Pressestimmen, die sich recht bitter über den neuesten Kurs der Politik des Quai d'Orsay aussprachen. Dazu haben nicht wenig die Erfolge der Kommunisten bei den letzten Gemeinderatswahlen beigetragen, die das Problem des Weltkommunismus dem französischen Bürger von einer anderen Seite zeigen als die festlichen Empfänge bei Herrn Litwinow und das Liebesmahl Lavals mit Stalin.

Auch sonst ist die europäische Atmosphäre nicht gerade beruhigend. In Oesterreich gärt es weiter. Immer wieder kommen Nachrichten über Aushebung marxistischer Waffenlager und Aehnliches, die zeigen, daß die innenpolitische Situation weit entfernt von der Gleichgewichtslage ist. Die Balkan-Entente und die Kleine Entente haben sich kürzlich in Ministerberatungen auf eine höchst intransigente Haltung in den den Donauraum betreffenden Fragen festgelegt, die, wie die Bemühungen Mussolinis zeigen, neue Schwierigkeiten für die geplanten Mitteleuropa-Pakte auftürmt. Und Italien selbst treibt mit seiner abessinischen Expedition ein gefährliches Spiel, das keineswegs nur eine koloniale afrikanische Angelegenheit ist, sondern wegen der unausbleiblichen Rückwirkungen auf den Völkerbund die Dinge in Europa schwer beeinflussen kann. Aus England sind ernste Warnrufe nach Rom ergangen, aber es sieht bisher nicht so aus, als ob die italienische Politik sich dadurch beeinflussen ließe.

In dem Augenblick aber, in dem in einem großen Teile Europas eine von Krisengefahren und Spannungen erfüllte Luft weht, wurde in Deutschland in Gegenwart des Führers und Reichskanzlers die erste Etappe eines großzügigen Friedenswerkes eröffnet. Die von Frankfurt am Main über Darmstadt nach Heidelberg führende Strecke der Reichsautobahnen, zu der Adolf Hitler vor Jahresfrist den ersten Spatenstich tat, ist der Benutzung übergeben worden. Der Akt hat symbolhafte Bedeutung.

Von englischer Seite ist in der letzten Zeit wiederholt ausgesprochen worden, die Welt erwarte von Deutschland einen „Beitrag zum Frieden". Hat man sich jenseits des Kanals eigentlich schon klar gemacht, welchen gewaltigen „Beitrag zum Frieden" Deutschland gerade durch seinen erfolgreichen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krisennot geleistet hat? Als das Reich vor zweieinhalb Jahren mehr als zehn Millionen Arbeitslose zählte, war es ein Herd der Unruhe. Heute, wo diese Zahl auf wenig mehr als zwei Millionen zusammengeschrumpft ist und alle Aussichten dafür vorhanden sind, daß diese Zahl weiter sinken wird, ist es ein Faktor der Konsolidierung und der Stetigkeit der Entwicklung des ganzen Erdteils. Der Ernst und die Entschlossenheit, mit der die Aufgaben der Wirtschaftsbelebung von der Reichsregierung angepackt worden sind, bieten aber auch insofern ein Unterpfand des Friedens, als ein Land, das soviel auf diese Karte setzte, nun nicht das Spiel durch eine unbesonnene Politik gefährden kann.

Auch die Politik des Reiches hat „Beiträge zum Frieden" zur Genüge geliefert. Der Freundschaftspakt mit Polen schuf in der östlichen Sphäre mehr Beruhigung als der Pakt von Paris zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Und wenn die Verkündung der deutschen Wehrhoheit, ein selbstverständlicher Ausdruck der Gleichberechtigung eines souveränen Staates, so ausgelegt wird, als habe sie die Hoffnungen der Welt auf Abrüstung und Friedenssicherung zerstört, so muß man dem entgegenhalten, daß die Abrüstung den entscheidenden Stoß im April 1934 durch Frankreich empfing und daß ein wehrhafter Geist bestimmt nicht dem Gedanken der Friedenssicherung zuwiderläuft. König Georg V. von England, der von seinem Volke gerade jetzt als weiser und friedliebender Staatsmann gefeiert würde, hat in einer Rede erklärt: „Stärke ist nötig, um den Frieden aufrecht zu erhalten — was natürlich nicht dasselbe ist, als den status quo aufrechtzuerhalten." Einen „Beitrag zum Frieden" in diesem Sinne darf die Welt auch von der Rede des Führers wieder erwarten.

Das Deutsche Volk hört heute die Führer-Rede!

Es wird nocheinmal auf die Rede, die der Führer heute abend im Reichstag halten wird, besonders hingewiesen. Die gesamte Auslandspresse spricht bereits von der ungeheuren Bedeutung, die der Rede für die gesamte Welt zukomme.

Wir wissen, daß man ohne Hitler und der von ihm wieder zum Erwachen gebrachten großen deutschen Nation keine Weltpolitik mehr machen kann. Für uns Deutsche ist es daher eine selbstverständliche Pflicht, an der Uebertragung der heutigen Rede teilzunehmen. Wer kein eigenes Rundfunkgerät besitzt, hat Gelegenheit, an den Gemeinschaftsempfängen auf allen größeren Plätzen oder Sälen teilzunehmen. Für die Rundfunkbesitzer ist es ein schöner Beweis der Volksgemeinschaft, wenn sie ihre Nachbarn zum Empfang der Uebertragung einladen.

*

Jeder Durlacher kann die Führer-Rede hören!

Heute abend wird auf dem Rathaus-Platz die außenpolitische Rede des Führers durch Lautsprecher übertragen.

Görings Rückreise von Krakau

Warschau, 20. Mai. Ueber den Warschauer Aufenthalt von Ministerpräsident General der Flieger Göring auf der Rückreise von Krakau nach Berlin meldet die polnische Telegraphen-Agentur: Der preußische Ministerpräsident Göring traf auf der Durchreise von Krakau nach Berlin am Sonntag zu einem kurzen Aufenthalt in Warschau ein. Ministerpräsident Göring besichtigte die Sehenswürdigkeiten der Stadt und nahm dann an einem vom deutschen Botschafter von Moltke zu seinen Ehren veranstalteten Frühstück teil. Im Laufe des Nachmittags stattete der Ministerpräsident dem polnischen Außenminister Beck einen Besuch ab. Um 22 Uhr verließ Ministerpräsident Göring Warschau. Zu seinem Abschied hatten sich Außenminister Beck und andere Persönlichkeiten am Bahnhof eingefunden.

*

Ministerpräsident Göring empfing am Sonntag abend die Warschauer Vertreter der deutschen Presse. Er wies dabei auf den tiefen Eindruck hin, den alles, was er hier gesehen und erlebt habe, auf ihn gemacht hätte. Besonders habe es ihn als Soldaten ergriffen, als die Armee an ihrem toten Marschall auf demselben Platz vorbeizog, an dem er früher oft die Parade abnahm. In Krakau seien die Eindrücke der Beisetzung des Marschalls in der Gruft des alten Wawel-Schlosses überaus stark und geradezu dramatisch gewesen. Nichtsdestoweniger habe er sich gefreut, in Warschau wie in Krakau bei der Bevölkerung das große Interesse und die Sympathien zu beobachten, denen seine Entsendung durch den Führer begegnet sei. Ministerpräsident Göring sind in Krakau laute Sympathiekundgebungen aus der Menschenmenge dargebracht worden, als er nach einem Besuch das Palais Potocki verließ.

Enthüllung eines Gedenksteines
für Generaloberst von Kluck

Berlin, 20. Mai. Am 89. Geburtstag des verstorbenen Generaloberst von Kluck fand auf dem Waldfriedhof in Stahnsdorf die feierliche Enthüllung des auf Anordnung des Führers für den deutschen Heerführer des Weltkrieges errichteten Gedenksteines statt. Neben dem Denkmal hatte ein Ehrenposten der Reichswehr Aufstellung genommen. Unter den Anwesenden bemerkte man neben der Witwe, dem Sohn und der Tochter des Verstorbenen den Stellvertreter-Kommandanten von Berlin, Oberst von Keiser, zahlreiche höhere Offiziere der alten Armee, Abordnungen des ehemaligen 6. Pommerschen Infanterieregiments Nr. 49, dessen Chef der Verstorbene war, sowie den Seelsorger der Familie, Domprediger D. Döring. Oberst von Keiser übergab den von Professor Klimsch ausgeführten Gedenkstein mit einer kurzen Ansprache in die Obhut der Familie, der einen von einem Adler gekrönten Muschelkalkblock darstellt, dessen Vorderseite unter einem Kopfrelief des Verstorbenen eine vom Führer selbst verfaßte Inschrift zeigt:

„Dem als Lehrmeister im Frieden und als Heerführer im Kriege um Deutschland hochverdienten Generaloberst von Kluck errichtete dieses Denkmal in Dankbarkeit und Treue das deutsche Volk." Die Rückseite trägt den Wahlspruch des Verstorbenen: „Die Tat ist alles, nicht der Ruhm."

Deutschlands Finanzlage
Ausführungen des Reichsfinanzministers

Aus einem Vortrag, den Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk in Berlin gehalten, ist das folgende hervorzuheben:

Es sei ein großer Unterschied, ob ein Land eine Währungsabwertung vornehme, das keine in fremder Währung eingegangenen Auslandsschulden habe, das den größten Teil der benötigten Rohstoffe aus Ländern seiner eigenen Währung bekomme und über einen großen Devisenvorrat verfüge, oder ob dies ein Land tue, dem diese Voraussetzungen fehlten und in dem außerdem eine begreifliche Abneigung gegen Währungsexperimente bestehe. Deutschland habe keine andere Möglichkeit gehabt, als die Devisenzwangswirtschaft einzuführen, um die Währung zu stützen und zu schützen. Mit der Zinssenkung habe Deutschland einen im Enderfolg richtigen Weg beschritten. Der Reichsfinanzminister wies das Gerücht, daß die Reichsregierung eine Wehrabgabe einzuführen beabsichtige, entschieden zurück. Eine weitgehende Senkung der Steuern werde allerdings vorläufig nicht möglich sein. Es seien noch Krisenreste vorhanden, die beseitigt werden müßten, und es lägen vor uns große Aufgaben nationaler und wirtschaftlicher Art, sowie Vorbelastungen, die man mit der Arbeitsbeschaffungspolitik übernommen habe. Für die öffentlichen Finanzen sei mit Rücksicht auf diese Vorbelastungen äußerste Sparsamkeit höchste Pflicht. Es sei jetzt tatsächlich so weit gekommen, daß, nachdem man zunächst die Verminderung der Arbeitslosigkeit als ein Wunder empfunden habe, man heute die weitere Verminderung als selbstverständlich annehme. Es sei aber dringend nötig, die Achtung vor dem Erfolg auf diesem Gebiete immer wieder zu erneuern. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen sind um anderthalb Milliarden zurückgegangen; die Einnahmen an Reichssteuern sind um anderthalb Milliarden RM. angewachsen. Der öffentliche Haushalt hat damit eine Verbesserung von rund drei Milliarden RM. aufzuweisen. Diesen Erfolg hat man damit erreicht, daß man insgesamt vier Milliarden RM. in das Arbeitsbeschaffungsprogramm gesteckt hat. Wenn die folgenden fünf Jahre nun mit je einer Milliarde für die Rückzahlung dieser Summe vorbelastet sind, so hat sich dieser konjunkturpolitische Aktivismus auch finanziell gelohnt.

Wie der Minister weiter ausführte, ist aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm noch ein Arbeitsvorrat von etwa anderthalb Milliarden RM. vorhanden. Die neu erworbene Wehrhoheit stelle eine gewisse neue Auftragsquelle für die Wirtschaft dar. Die Besserung in den öffentlichen Haushalten habe es ermöglicht, wieder in stärkerem Umfange laufende Mittel für sachliche Zwecke der Gemeinden, der Länder und des Reiches bereitzustellen. Während man noch vor zwei Jahren die Zahl der Gemeinden, die einigermaßen gesund waren, an den Fingern einer Hand herzählen konnte, nähere man sich jetzt dem Zustand, wo man die Zahl derer, deren Gesundung hoffnungslos sei, an fünf Fingern aufzählen könne. Die Arbeitslosenversicherung könne wieder ausgeglichen werden, und sie könne sogar wieder in bescheidenem Umfange Beträge für die Finanzierung laufender öffentlicher Arbeiten zur Verfügung stellen.

Die Industrie werde zwar noch nicht auf allzu starke neue Anlegungen rechnen können, aber jetzt liege ein laufender Bedarf an Ersatzbeschaffungen für Maschinen und Werkzeug vor, die in der Krisenzeit zurückgestellt werden mußten. Die Frage des Wohnungsbaues werde in den nächsten Jahren sehr brennend sein. 1934 habe Deutschland einen Zuwachs von 470 000 neuen Haushalten gehabt. Es seien aber nur 270 000 neue Wohnungen gebaut worden. Man müsse notwendig zu einem stärkeren Wohnungsbau kommen. Die zweite Aufgabe sei die Notwendigkeit des Landstraßenbaues und die Motorisierung des Verkehrs und damit zusammenhängend der Bau von Autostraßen. Die Kraftwagenindustrie werde die Trägerin der Konjunktur der Zukunft sein.

Der Präsident der Reichspressekammer über die Durchführung seiner Anordnungen vom 24. April

DNB. **Berlin**, 20. Mai. Zwischen dem Präsidenten der Reichspressekammer, Reichsleiter Amann und dem Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Hauptschriftleiter Weiß, hat eine Unterhaltung über den gesamten Fragenkomplex der Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer vom 24. April 1935 stattgefunden, die ihren Niederschlag in einem ausführlichen Artikel im „Völkischen Beobachter" gefunden hat.

Hauptschriftleiter Weiß hat in dieser Unterhaltung mit dem Präsidenten der Reichspressekammer zunächst auf das außerordentliche Interesse hingewiesen, das der Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des deutschen Zeitungsverlagswesens vom 24. April 1935 von den beteiligten Kreisen der deutschen Presse und von der Oeffentlichkeit allgemein entgegengebracht worden ist. Er bat dann den Präsidenten der Reichspressekammer ihm die Gesichtspunkte zu erläutern, die zu der Anordnung geführt haben.

Reichsleiter Amann gab auf die Frage von Hauptschriftleiter Weiß hin zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über das zersplitterte deutsche Pressewesen vor der Machtübernahme und zeigte dann die Schwierigkeiten auf, die sich bei der ihm

gestellten Aufgabe ergaben, aus dieser Presse ein brauchbares Instrument für Reich und Volk zu machen. Der Präsident der Reichspressekammer führte im Anschluß hieran aus, daß der Führer auch in diesen Dingen den Weg gewiesen habe, und zwar in Punkt 23 des Parteiprogramms. Die Anordnung vom 24. April 1935, so antwortete der Präsident sodann, bezweckt die restlose Durchsetzung dieses Programmpunktes im Zusammenwirken mit der gesamten Arbeit des zuständigen Fachministers Dr. Goebbels. Dieser Programmpunkt schafft eine wahrhafte deutsche Presse dadurch, daß er sie unter ein Gesetz stellt: Einzig und allein Volk und Reich zu dienen. Zu diesem Zweck scheidet er alle nichtdeutschen und der Geschlossenheit der Nation abträglichen Einflüsse aus der politischen Presse aus. Die Ablehnung des Anordnungswerkes durch Kreise, die alles andere als Nationalsozialisten sind, erfüllt mich — so führte der Präsident weiter aus — mit der gleichen Freude, wie der Widerhall der Anordnung in den Reihen der Partei und aller Nationalsozialisten. Gerade daraus ersehe ich den Erfolg des Bemühens, durch diese Anordnung die Grundlage für ein geschlossenes deutsches Zeitungswesen nationalsozialistischer Prägung und nationalsozialistischen Geistes zu schaffen. Gewisse Kreise suchen die Anordnung dadurch zu verkleinern, daß sie sie als eine aus finanziellen Erwägungen erwachsene Hilfsmaßnahme für die parteiamtliche Presse bezeichnen. Diese Behauptung ist völlig absurd; denn gerade eine von Konkurrenzgesichtspunkten beherrschte Zeitungsverlagspolitik kann ja garnicht das Ziel haben, die gesamte deutsche Presse zu einer in sich gleichberechtigten Gemeinschaft zusammenzuschweißen. Wie aber schon das Schriftleitergesetz diesem Ziel inbezug auf die Schriftleiter dient, so ist es auch der Zweck seiner Anordnungen, allen gutwilligen Kräften im Zeitungsverlagswesen die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen.

Hauptschriftleiter Weiß bat dann um eine Stellungnahme zu der Frage der Beseitigung der Anonymität des Kapitals auch auf dem Gebiete des Pressewesens. Der Präsident der Reichspressekammer, Amann, stellte bei der Beantwortung dieser Frage zunächst fest, daß unter der Tarnung einer AG. oder einer GmbH. sich bisher auch Nichtdeutsche an deutschen Zeitungsverlagen maßgeblich, ja 100 %ig beteiligen konnten und daß dieser Zustand durch seine Anordnung gebrochen wird. Volk und Leser haben einen Anspruch, zu wissen, wer sie täglich über das Leben der Nation unterrichtet und geistig beeinflußt. Hinter der Anonymität, so antwortete der Präsident weiter, haben bisher Einflüsse weiter gewirkt, die vorhandenen positiven Kräften den Weg versperrten. Darüber hinaus diente sehr oft das Vorschützen religiöser und ideeller Bestrebungen nur als schlechte Tarnung für eigensüchtige geschäftliche Zwecke. Daß die Presse nicht solchen eigensüchtigen Interessen dient, unter Mißbrauch des Lesers: das ist der Wille, der die Anordnung diktiert hat. Es mußte außerdem die Gefahr beseitigt werden, daß irgendwelche — z. T. pressefremde — Unternehmungen mit dem Gelde der Leser ihrer Zeitungen politischen Einfluß ausüben können.

Hauptschriftleiter Weiß fragte den Präsidenten, durch welche Umstände er sich dazu veranlaßt gesehen habe, in seiner Anordnung auch die verlegerische Betätigung beruflicher, ständischer oder konfessioneller Organisationen auszuschließen. Präsident Amann antwortete, daß die Aufgabe jeder politischen Zeitung gefährdet wird, wenn Organisationen ihre Verleger sind, die Aufgaben besonderer im Staat bestehender Gemeinschaften vertreten. Die Partei selbst ordnete sogar die Schließung der Tagespresse der — von Nationalsozialisten geführten — Stände an. In gleicher Weise zeigt die umfassende Formulierung der betreffenden Stelle der Anordnung den grundsätzlichen, nicht auf einen Einzelfall abzielenden Charakter dieser Bestimmung. Der Führer hat von jeher die Forderung aufgestellt, daß religiöse und konfessionelle Dinge aus dem politischen Kampf auszuschalten sind. Er erklärte, das Volk erwarte von den Dienern der Kirche Seelsorge, nicht Politik. Die Anordnung und ihre Erläuterung zeigen den entschlossenen Willen, die Durchsetzung dieses Grundsatzes auch in der Tagespresse nach allen Seiten hin zu wahren. Sie begünstigt und benachteiligt daher keine Konfession und keinen Glauben. Leider haben bisher offensichtlich frühere Zentrumsfunktionäre geglaubt, ihre verlegerische Position zur Fortsetzung der Politik des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei benutzen zu können. Die konfessionelle Presse hat die Aufgabe, die Angelegenheiten der Bekenntnisse in rein religiöser Beziehung zu behandeln. Politischen Charakter dürfen diese konfessionellen Blätter keineswegs haben. Soweit eine konfessionelle Angelegenheit Bedeutung für die große Oeffentlichkeit besitzt, kann darüber selbstverständlich in einer Form berichtet werden, die der Bedeutung des Ereignisses für die Oeffentlichkeit entspricht. Unzulässig ist dagegen eine Aufmachung, die erkennen läßt, daß sich eine politische Tageszeitung nicht an die Oeffentlichkeit als solche, sondern an einen nach konfessionellen Gesichtspunkten begrenzten Leserkreis wendet. Daher wird sich eine Berichterstattung über Angelegenheiten der Konfessionen paritätisch gestalten. Im übrigen würde ich es, so erklärte der Präsident, für eine Verarmung der politischen Presse halten, wenn sie grundsätzlich die Erörterung religiöser Probleme im Rahmen ihres kulturellen Schaffens unterließe.

Auf die Frage von Hauptschriftleiter Weiß nach den voraussichtlichen Wirkungen nach dem durch die Anordnung ausgesprochenen Ausschluß bestimmter Gesellschaftsformen antwortete der Präsident, daß die Zahl der anonymen Gesellschaften im Verlagswesen zurzeit reichlich 300 gegenüber der Gesamtzahl der Zeitungsverlage von über 2000 beträgt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wirtschaftliche Gründe in der weitaus überwiegenden Anzahl dieser Fälle einer Umstellung auf Personalgesellschaften nicht entgegenstehen. Abgesehen davon sieht die Anordnung Ausnahmebewilligungen vor, die beim Vorliegen sachlicher Gründe zur Anwendung kommen werden. Die Umwandlung kann auch die Kreditfähigkeit der betroffenen Verlage nicht ungünstig beeinflussen. Anstelle einer bisher beschränkten Haftung tritt regelmäßig die unbeschränkte Haftung des Verlagsinhabers bezw. der Gesellschafter, wobei andererseits doch durch die Form der Kommanditgesellschaft die Möglichkeit gegeben ist, durch einen Teil der Gesellschafter die Haftung zu beschränken. Größere Unternehmungen werden bei der Umwandlung im allgemeinen die Form der Kommanditgesellschaft wählen. In seiner weiteren Erläuterung erklärte der Präsident, daß das staatspolitische Interesse die Aufrechterhaltung der Vielgestaltigkeit der deutschen Presse, die größtenteils in Privatbesitz steht, fordert, ebenfalls eine hervorragende Stelle der Parteipresse im Rahmen des gesamten deutschen Zeitungsverlagswesens. Aus der ganzen Zielsetzung der Anordnung folgt, daß sie in ihrer Gesamtkonzeption wie in ihren Einzelbestimungen bestrebt ist, den Kreis der Zeitungsverlage zu beschränken, die infolge der Veränderung der politischen Verhältnisse (z. B. Ueberwindung der Parteien usw.) und durch die eindeutige Aufgabe der Presse im nationalsozialistischen Staat zur Aufgabe ihrer Existenz veranlaßt sind. Die gegenüber anderen Ländern ganz eigentümliche Struktur der deutschen Presse wurde daher peinlich beachtet. Von den etwa 2800 Zeitungen, die heute noch erscheinen, machen die Zeitungen mit einer verkauften Auflage bis zu 1000 Stück 32,4 v. H. (849 Zeitungen) aus, die Zeitungen mit einer verkauften Auflage von 1001 bis 3000 Stück 36,3 (950 Zeitungen), die Zeitungen mit einer verkauften Auflage von 3001 bis 8000 Stück 19 v. H. (506 Zeitungen), die Zeitungen mit einer verkauften Auflage von 8001—15 000 Stück 4,9 v. H. (127 Zeitungen). Die Zeitungen mit einer verkauften Auflage von über 15 000 Stück machen im ganzen 7,6 v. H. aller deutschen Zeitungen (191 Zeitungen) aus. Ich bin der Ueberzeugung, so führte der Präsident im Anschluß hieran aus, daß im allgemeinen und insbesondere in den Fällen großer Verlage nur der Mangel guten Willens bei Verlegern oder Verlagsleitern, dem staatspolitischen Interesse Rechnung zu tragen, im Einzelfalle zu harten Konsequenzen für ein Unternehmen führen kann.

Hauptschriftleiter Weiß ging dann auf die rein journalistische Entwicklung der deutschen Presse ein und betonte, daß es sowohl pressemäßig als auch journalistisch keinen Sinn hat, wenn an ein und demselben Orte eine Vielzahl von Tageszeitungen redaktionell nach mehr oder minder dem gleichen Schema gemacht wird. Die dadurch entstehende ungesunde Konkurrenz verbrauche auch redaktionell und journalistisch Kräfte, die bei planmäßiger Konzentrierung viel zweckmäßiger angesetzt werden können. Hierauf ging der Präsident ausführlich ein. Die hie und da geäußerte Besorgnis, so erklärte er dem Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse, ist unbegründet, nämlich die Besorgnis, daß durch die Durchführung der Anordnung der Arbeitsmarkt ungünstig beeinflußt werden könnte. Die Anordnung erstrebt ja gerade die Gesundung des Zeitungsverlagswesens, das nicht dadurch gedeihen und den Arbeitsmarkt entlasten kann, weil ein entschlossenes Anpacken der Ursachen seiner Schwierigkeiten unterlassen wird. Auf einen Hinweis von Weiß auf die in den Kreisen der Schriftleiter laut gewordenen Befürchtungen von drohenden Massenentlassungen von Journalisten, die er seinerseits ebenfalls als unbegründet bezeichnet, und auf die Frage nach dem Zeitraum der praktischen Durchführung der Anordnung antwortete der Präsident, daß gerade das Gegenteil dieser Befürchtungen richtig sei und daß im übrigen die von ihm bestimmten Uebergangsfristen eine ruhige Durchführung der Anordnung sichere. Denn nur ein gesunder Verlag sichert allen seinen Schriftleitern und Angestellten Arbeit und Brot. Ungesunde Verlagsverhältnisse rauben diese Sicherheit und töten die Arbeitsfreude. Zwischen all den an der Presse beschäftigten Deutschen herrscht ein harmonisches Zusammenarbeiten und Zusammenhalten, wenn klare, gesunde Verlagsverhältnisse herrschen und jeder Arbeiter und Angestellte vertrauensvoll eine gesicherte und geordnete Zukunft vor Augen hat. Der Erlaß weiterer Durchführungsbestimmungen ist nicht beabsichtigt.

Am Schluß der Unterhaltung wies Hauptschriftleiter Weiß auch auf das Interesse hin, das die Anordnung im Ausland hervorgerufen hat. Er habe es nicht anders erwartet, daß vor allem die deutschgeschriebene Emigrantenpresse eine infame und verlogene Hetze zu inszenieren versucht. Der Präsident meinte, in diesen Kreisen dämmert bei ihren haßerfüllten Schmähungen der Gedanke auf, daß in den Ländern, die ihnen noch heute Asylrecht gewähren, in absehbarer Zeit eine ähnliche Ordnung des Zeitungsverlagswesens kommen könnte und daß ihnen damit der Boden für ihre Existenz entzogen wird. Der Präsident schloß die Unterhaltung mit den Worten: In Deutschland jedenfalls arbeitet in Zukunft der deutsche Zeitungsverleger nicht anonym, sondern offen, und unter seinem Namen dient er reinen Herzens Volk und Staat.

Reichsleiter Rosenberg als Gast der ausländischen Presse

DNB. **Berlin,** 21. Mai. Der „Verein der ausländischen Presse" hatte am Montag mittag, wie der „Völkische Beobachter" meldet, Reichsleiter Rosenberg mit seinen engeren Mitarbeitern zu einem Frühstück im Hotel Adlon zu Gast. Der Vorsitzende des Vereins, Chef des Berliner Büros der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Preß", Louis Lochner, begrüßte den Chef des Außenpolitischen Amtes im Namen der zahlreich erschienenen Auslandsjournalisten und führte in seiner Rede u. a. aus, daß es für ihn und seine Berufskollegen nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler, nicht immer leicht gewesen sei, das Ausland über die Vorgänge in Deutschland zu unterrichten. Aber es sei ja die Aufgabe des Journalisten, sich seine Informationsquellen zu erschließen. „Wir haben es uns zur besonderen Aufgabe gemacht, gute Beziehungen zwischen der Auslandspresse und dem neuen Reich herzustellen. Reichsleiter Rosenberg, hat, wie kein anderer, zu dieser Möglichkeit beigetragen und sich von Anfang an bemüht, einen lebendigen Konnex zwischen der Auslandspresse und den Führern des neuen Reiches herzustellen".

Anschließend ergriff Reichsleiter Rosenberg das Wort. Er wies darauf hin, daß der Nationalsozialismus sich von Anfang an darüber klar gewesen sei, daß jede große Umwälzung nicht von jenen verstanden werden könne, die die Ereignisse nicht aus nächster Nähe verfolgt hätten. Es sei darum offenbar, daß auch die nat.-soz. Revolution anfänglich weder in ihren Zielen noch in ihren Beweggründen verstanden werden konnte. „Darum haben wir uns das Ziel gesetzt, die Diplomatie und die Auslandspresse mit den Vertretern des neuen Reiches bekannt zu machen." Es sei nicht wahr, so fuhr der Reichsleiter fort, daß die Freiheit des Geistes eine absolute Freiheit darstelle. Nach der nationalsozialistischen Auffassung sei diese Freiheit keine Frage nach dem „Frei-wo-von", sondern nach dem „Frei-wo-für". So habe die nationalsozialistische Bewegung auch das Prinzip der religiösen Toleranz auf ihr Banner geschrieben. Wenn heute in Deutschland zu den beiden alten Konfessionen noch die eine oder die andere Bewegung hinzugekommen ist, so habe der Staat und die Bewegung nicht das Recht, mit machtpolitischen Mitteln einzugreifen. „Wenn einige unserer Gegner bestraft wurden, so sind diese Härten verhältnismäßig gering, wenn man sie mit den Härten vergleicht, die andere Revolutionen begangen haben. Man muß versuchen, zu verstehen, daß seitens der nationalsozialistschen Bewegung kein böser Wille vorliegt, sondern allein der leidenschaftliche Versuch, Deutschland neu zu gestalten und ihm jene Form zu geben, die seinem Wesen gemäß ist, man muß Deutschlands Friedenswillen anerkennen. Friede ist für uns keine Redensart, sondern Notwendigkeit unserer inneren Problematik. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Macht in der tiefen Achtung aller Völker voreinander liegt."

Die Worte Alfred Rosenbergs fanden lebhaften Widerhall bei den ausländischen Journalisten.

Güterzug überfährt Lastkraftwagen

350 Gasflaschen explodierten — Drei Tote

Paris, 20. Mai. Ein folgenschwerer Kraftwagenunfall ereignete sich in der Nacht zum Montag an einem Bahnübergang bei Tournus an der Strecke Paris—Marseille. Da der Schrankenwärter die Schranke nicht geschlossen hatte, wurde ein Lastkraftwagen von einem Güterzug überfahren und zertrümmert. Dabei explodierte die Ladung des Kraftwagens, die aus 350 Flaschen flüssiger Gase bestand. Die Lokomotive des Zuges war sofort völlig in Flammen gehüllt. **Der Lokomotivführer und der Heizer, sowie der Kraftwagenführer verbrannten bei lebendigem Leibe.** Der Zugführer und ein zweiter Insasse des Kraftwagens erlitten schwere Verletzungen.

Glocken aus der Tiefe

Roman von K. A. Harth.

Urheber-Rechtsschutz: Mitteldeutsche Roman-Korrespondenz, Leipzig C1

45. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

„Sehen Sie — wir waren neu auf die Insel versetzt. Ich hatte anfangs einen harten Stand, mir die Seelen der Einheimischen zu erschließen, doch gewann ich an Boden durch nimmermüde Sorge um die mir Anvertrauten. — Bis Klaas Sörensen mit dem närrischen Spuk von Vineta die Gemüter zu verwirren begann. Der Deichgraf spielte den Unwissenden, wollte mit der Sache nichts zu tun haben. Ich eiferte vergebens gegen den Irrwahn der Fischer. Da zogen sie eines Wintertages auf das Eis, weit hinaus, hackten Löcher, stießen mit langen Stangen auf Grund und suchten mit Eisenhaken nach goldenen Schätzen."

Wieder machte er eine Pause, sein Haupt senkte sich in tiefem Gram, wie er am Bücherregal lehnte und die Hände fest ineinander faltete.

Und Rolf war es, als höre er plötzlich das eigentümliche Kratzen wieder, draußen, an der Mauer — sehe die höhnische Grimasse wie vorhin am Fenster...

Es blieb ihm keine Zeit, über das verdächtige Geräusch zu einem Entschluß zu kommen, denn schweratmend setzte der Inselpastor seinen Bericht fort:

„Außer Helga war unsere glückliche Ehe mit noch einem Kind gesegnet, einem herzigen Jungen — mit unserem Hellmut."

Erstaunt sah Rolf den Erzählenden an. Er hatte von dem erwähnten Kind noch nichts bemerkt. Auch Helga hatte ihm nie davon gesprochen.

Pastor Herold mochte seine flüchtige Verwunderung wahrgenommen haben. Darum zwang er die Erregung seines Innern gewaltsam nieder. Nur unendlich traurig klang seine Stimme, als er abgewandten Blickes die Erklärung gab.

„Hellmut war damals vier Jahre alt. Warum sollte er sich nicht auch im Winter im Freien tummeln? Solange es hell war und seine Schwester ihn begleitete, hatten wir nichts gegen seinen unbändigen Lufthunger einzuwenden. Nun — hell war es ja noch, als die verblendeten Fischer ihr törichtes Beginnen ausführten."

Von neuem schwieg er, sah mit erloschenen Augen vor sich hin und seufzte erst tief auf, als Rolf gespannt die Frage stellte:

„War das Kind denn mit auf das Eis gelaufen?"

Ein Blick voll so herber Wehmut traf ihn, daß er von innigem Mitleid ergriffen wurde. Seine unabsichtliche Frage schien eine alte Wunde in dem unglücklichen Vater aufgerissen zu haben.

„Ja, er muß mitgelaufen sein!" brach es qualvoll aus dessen Brust. „Ob ihn der Inselalte gelockt, ob er Helga entlaufen — wir wissen es nicht. Jedenfalls war das Mädchen plötzlich allein wieder zu Haus, Hellmut fehlte. Wir suchten, erst unbesorgt, dann fieberhaft, von einer undeutlichen Ahnung gepackt. Und dann, Herr — dann kam das Entsetzliche: sie brachten ihn! Trugen seinen kleinen Körper leblos zu uns, zu den fassungslosen Eltern herein!"

Erschüttert horchte Rolf auf die leidenschaftliche Klage aus dem Mund des Mannes, der sich mühte, seine Ergriffenheit niederzukämpfen.

„Neugierig, wie Kinder sind, hat er dem unseligen Treiben der Fischer zugeschaut. Kam dem Loch zu nahe, in dem Klaas Sörensen wühlte, brach durch die dünne Eisdecke ein — und versank."

Rolf stand auf und drückte ihm warm die Hand:

„Wie muß die Mutter dieser Schlag getroffen haben!"

„O ja, Herr Hartung, das hat es auch. Meine Frau wurde ohnmächtig. Sie erlitt einen Schlaganfall und ist seitdem gelähmt, ist ganz an das Bett gefesselt. — Verstehen Sie nun, junger Freund, warum ich den Inselalten und sein Gaukelspiel um Vineta verabscheue? Mehr noch als vordem? Warum ich allenthalben gegen den kindischen Unverstand eifere, als lägen goldene Schätze im Meer und brauchten von armen Fischern nur geborgen zu werden, um sie mühelos reich zu machen? — Ich habe dem Traum von Vineta das erste Opfer bringen müssen — unseren kleinen, lieben Hellmut! Und mir graut, wenn ich denken soll, noch mehr Opfer wären nötig, um das abergläubische Volk zu bekehren."

Es bedurfte einer Weile, ehe Rolf das Gehörte innerlich verarbeitet hatte. Und wieder bewunderte er den Inselpastor um die aufrechte Haltung, mit der er allen Stürmen des Schicksals getrotzt. Jetzt war seine hohe Stirn wieder klar von den Falten des Leidens und Unmuts. Nur die ernsten Augen gemahnten noch daran, was sein Mund eben dem jungen Mann erzählt.

„Glauben Sie mir," unterbrach Pastor Herold die Stille ihrer Gedanken, „daß ich ernstlich im Gebet mit Gott gerungen habe, er möchte mir die Kraft geben, auf diesem entlegenen Posten auszuharren. Aber nach Jahren erst senkte sich Frieden in meine Brust und die Gewißheit, daß Pioniere in Grenzland immer zu Opfern bereit sein müssen, damit sie durch eigenes Leid ihre Mitmenschen verstehen und — lieben lernen."

Ganz leise fügte er noch hinzu:

„Nur den furchtbaren Inselalten werde ich niemals lieben können. Und das möge Gott mir verzeihen."

Rolf Hartung beugte sich innerlich vor der Seelengröße dieses Mannes. Schlicht war er, kraftvoll, wie die Inselsöhne selbst, und trachtete nicht danach, seinen eigenen Schmerz mit einem billigen Heiligenschein zu umgeben.

„In Helga, Ihrer Tochter, hat Ihnen der Himmel einen vollwertigen Ersatz beschert, Herr Pastor. Glücklich die Eltern, die ein solch reines Wesen ihr eigen nennen dürfen."

Er wollte in plötzlicher Gefühlswallung hinzusetzen: „Und glücklich der Mann, der ihre Blüte einst empfängt!" — doch verbarg er diese Worte in seinem Innern.

(Fortsetzung folgt.)